

# **Jugendpolitische Aussagen**

## **in der Koalitionsvereinbarung von CDU & FDP**

### **für die Legislaturperiode 2008 - 2013**

#### **Seite 23: Links- und Rechtsextremismus**

Der Kampf gegen Rechts- und Linksextremismus ist zentraler Bestandteil niedersächsischer Präventionspolitik. Durch verbesserte Jugendarbeit in Jugendzentren, durch mehr Sportangebote für Jugendliche auf dem Land und durch gezieltes Werben von Jugendlichen durch bestehende Vereine, muss Jugendlichen aus der rechts- bzw. linksextremen Szene eine Perspektive geboten werden.

#### **Seite 30: Jugendarbeit & ehrenamtliches Engagement**

Die Jugendarbeit und ehrenamtliches Engagement junger Menschen sind uns ein besonderes Anliegen. Dem wollen wir auch durch eine vereinfachte Förderpraxis im Bereich der Jugendarbeit entsprechen. Die Ehrenamtskarte und die Jugendleitercard (JULEICA) werden wir aufeinander abstimmen.

#### **Seite 31: Sucht-Prävention**

Wir werden die AIDS-, Drogen- und Suchtberatung weiter stärken. Die Präventionsarbeit gegen Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen werden wir ausbauen. Wir wirken auf die Anpassung bundesgesetzlicher Vorgaben zur Vergabe von Diamorphin an Schwerstopiatabhängige im Sinne der von Niedersachsen unterstützten Bundesratsinitiative für die Modellversuche hin.

#### **Seite 36/37: Jugendkriminalität**

Bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität plädieren die Koalitionsparteien für ein abgestimmtes Vorgehen gemäß dem Dreiklang Prävention, Integration und Repression. Die Landesregierung wird sich auch auf Bundesebene für sinnvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität einsetzen, wie beispielsweise die Einführung eines Warnarrests und eines Fahrverbots. Ziel ist es, den Zeitraum zwischen Tat und Sanktion kurz zu halten.

Für hochgradig gefährdete und kriminelle Kinder und Jugendliche werden wir die geschlossene Heimunterbringung mit erzieherischen und therapeutischen Konzepten auch in Niedersachsen ermöglichen.

## **Seite 39: Medien**

Mit wachsendem Medienangebot und –konsum bekommt die Vermittlung von Medienkompetenz eine immer größere Bedeutung. Deshalb setzt sich die Landesregierung dafür ein, vor allem Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrer durch entsprechende Angebote für eine verantwortungsvolle Mediennutzung zu qualifizieren.